



**BdV boykottiert  
Vertriebenenunion**

(Seite 2)

**Klaus' mühsame  
Wiederwahl**

(Seite 2)

**Tribüne der  
Meinungen**

(Seite 6)

## ÖVP will vom Kanzler Klarheit: Topolanek auf Dekrete angesprochen?

Am 20. Februar tagte im Österreichischen Nationalrat der Menschenrechtsausschuß, den ÖVP-Vertriebenensprecher Norbert Kapeller nutzte, um die Beneš-Dekrete neuerlich im österreichischen Parlament zu thematisieren. Den Anlaß bildete das Treffen zwischen Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und seinem tschechischen Amtskollegen Mirek Topolanek im Jänner.

Kapeller wollte in einer Anfrage an Gusenbauer wissen, ob in Anlehnung an die „vom Europäischen Parlament geforderte Abschaffung des Amnestiegesetzes“ auch „die Frage der Vertreibung und Enteignung der deutschsprachigen Minderheit aus der damaligen Tschechoslowakei“ zur Sprache kam? Trotz mehrmaligen Nachfragens erhielt Kapeller von Staatssekretärin Heidrun Silhavy, die Gusenbauer vertritt, zunächst keine Antwort auf die Frage, ob die Beneš-Dekrete Gegenstand der Besprechung waren. Erst nach einer weiteren Anfrage meinte die Staatssekretärin,

daß sie „annehme“, daß Gusenbauer über dieses Problem gesprochen habe, ohne aber eine konkrete Auskunft geben zu können.

Der Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs (VLÖ) zeigt sich über das Verhalten der Staatssekretärin verwundert. VLÖ-Chef Rudolf Reimann: „Es ist ein Armutszeichen des Bundeskanzleramts, wenn in einem parlamentarischen Ausschuß Staatssekretärin Silhavy auf eine konkrete Anfrage keine Antwort geben kann.“ Reimann erwartet sich vom Bundeskanzleramt eine Stellungnahme. Eine solche lag bis Redaktionsschluß aber nicht vor.

FPÖ-Vertriebenensprecher Manfred Haimbuchner schloß sich der Kritik an, nahm aber auch die ÖVP ins Visier: Kapellers Vorstoß dürfte wohl nur auf den Streit innerhalb der Koalition zurückzuführen sein, „ansonsten würde Kapeller auch von seiner Parteikollegin und Außenministerin Plassnik entsprechende Initiativen einfordern. „Die FPÖ setze sich

nach wie vor dafür ein, daß die Beneš-Dekrete aufgehoben werden“, hielt Haimbuchner fest.

Lesen Sie dazu einen ausführlichen Bericht auf Seite 3 dieser Ausgabe.



ZU RECHT sind die Vertriebenen ent-rüstet, wenn immer wieder versucht wird, sie ins rechte Eck zu stellen. Denn es handelt sich dabei um eine leider bewährte Agitprop-Methode, bei der es nicht um Fakten geht, sondern um pauschalisierende Diffamierung. Eine politisch unliebsame oder unbequeme Gruppe wird mit einem allgemein verachteten Image stigmatisiert. Am einfachsten funktioniert das, indem man die zu vernadernde Gruppe in die Nähe des Faschismus rückt, den rechten wohlgeerntet, denn der linke Faschismus wird immer noch als relativ harmlos qualifiziert. Man nehme also einen politischen Gegner, unterstelle ihm rechtsextreme Tendenzen, und schon erspart man sich die mühsame sachliche Auseinandersetzung mit der von ihm aufgeworfenen Problematik.

DIE SUDETENDEUTSCHEN boten sich als Opfer dieser Methode geradezu an. Angesichts des Bildungsnotstandes im allgemeinen und der historischen Unbildung im besonderen ist es nicht besonders schwierig, sie pauschal als Fünfte Kolonne Hitlers darzustellen. Schließlich haben viele von ihnen seinerzeit gejubelt, als sie noch nicht ahnen konnten, was Hitlers Regime wirklich bedeuten würde, und als sie noch glaubten, die Flucht vor dem tschechischen Nationalismus ins Deutsche Reich werde ihnen ein besseres Leben bringen.

DASS ES GAR nicht so wenige sudetendeutsche Opfer des Nationalsozialismus gegeben hat, ist ebensowenig in Erinnerung wie die Tatsache, daß es die Sudetendeutschen waren, die nach dem Krieg am glaubwürdigsten die Lehren aus der Tragödie zu ziehen versuchten, indem sie Versöhnung statt Rache anboten. Dieser Weg der Versöhnung, der natürlich nicht ganz ohne Entgegenkommen der tschechischen Seite beschritten hätte werden müssen, wurde jedoch von den meisten Nachkriegsregierungen als überflüssiger Umweg empfunden. Viel einfacher schien es, den direkten Weg der Ignoranz zu gehen. Warum sich wegen einer Gruppe einen ohnehin aussichtslosen Streit anfangen, wenn man das Problem auch einfach negieren kann? Die Sudetendeutschen standen dabei im Weg und mußten daher aus selbigen geräumt werden. Das wurde durchaus erfolgreich bewerkstelligt, indem man sie des Revanchismus, des Rechtsextremismus oder gar des Nationalsozialismus zieh. Die unbestrittenen Verfehlungen von Individuen wurden der ganzen Gruppe in die Schuhe geschoben.

SO WURDEN DIE Vertriebenen von Medien und Politik immer mehr ins rechte Eck gerückt, bis es in der öffentlichen Wahrnehmung irgendwann nicht mehr Täter und Opfer gab, sondern nur noch ein Tätervolk und ein Opfervolk. Der „Vorteil“: Es blieb den Regierungen erspart, sich ernsthaft mit den Anliegen der deutschen Völkermordopfer auseinanderzusetzen.

DIE RECHNUNG ist weitgehend ausgegangen. Kein Wunder also, wenn sich unter den Vertriebenen Frustration breitgemacht hat. Wirklich frustrierend ist aber, wenn nun die Faschismuskeule schon in den eigenen Reihen geschwungen wird. Da verweigert der Bund deutscher Vertriebener (BdV) den Eintritt in die vor kurzem gegründete Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV) mit dem Vorwurf, Personen mit Verbindungen zum rechtsextremen Spektrum hätten an der Triester Erklärung der EUFV mitgewirkt.

Fortsetzung auf Seite 2

### DAS BILD DER HEIMAT



Der Marktplatz von Schönlinde im Bezirk Rumburg.